



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

P/VIII/157 - 9.7.1953

Hinweise
auf den Inhalt:

Aufbauleistung der hessischen Regierung	S. 1
Das deutsche Eigentum in Israel	S. 3
Zur Kandidatur Achenbachs	S. 4

Hessen voran im Wohnungsbau

Von Innenminister Heinrich ZINNKANN, Wiesbaden

Vor acht Jahren war das Bild der Städte und Dörfer in Deutschland durch die Folgen des verlorenen Krieges, durch Trümmer und Zerstörung bestimmt. Die Wohnraumnot verstärkte sich ständig durch den endlosen Strom von Heimatvertriebenen. Unzählige Menschen mussten nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches in Räumen leben, die als menschwürdige Wohnungen nicht angesprochen werden konnten. Lichtlose Bunker, Trümmerwohnungen und Baracken beherbergten Millionen von Menschen in allen Teilen unserer deutschen Heimat. 163 450 Wohnungen waren 1945 allein in Hessen zerstört. Dazu kam der Wohnraumbedarf von mehr als 700 000 Heimatvertriebenen und von 210 000 Flüchtlingen aus den Ländern der sowjetischen Besatzungszone.

In dieser Lage war es selbstverständlich, dass die von Sozialdemokraten geführte Hessische Landesregierung dem Wohnungsbau höchste Aufmerksamkeit zugewandt hat. Es ist ein erfreuliches Ergebnis, dass von der Währungsreform bis zum Juni dieses Jahres 192 000 neue Wohnungen erbaut werden konnten, von denen durch öffentliche Gelder in Höhe von über 450 Millionen DM mehr als 100 000 Wohnungen gefördert wurden.

Der Aufbau dauert nach wie vor an, und überall im Lande

sieht man neue Häuser, neue Siedlungen, Wohnblocks und unzählige Baustellen, die durch Genossenschaften und Privatleute, durch Firmen, die für die Belegschaft bauten und nicht zuletzt durch öffentliche Mittel finanziert wurden. Trotz dieser gewaltigen Anstrengungen fehlen uns rund 400 000 Wohnungen in Hessen. Es wird noch lange währen, bis dieser Rückstand nachgeholt sein wird. Deshalb müssen wir unsere Kräfte darauf konzentrieren, wenigstens die Menschen aus den menschenunwürdigen Unterkünften herauszuholen. Leider sind es immer noch 62 000 Bürger unseres Landes, die in solchen unwürdigen Behausungen wohnen müssen.

Das im vergangenen Jahr angelaufene Schandfleckbereinigungsprogramm, das wir in diesem Jahr fortsetzen, ist mit seinem Fonds von vier Millionen M im Jahre 1953 der erste Schritt dazu. Es ist nicht zu vertreten, dass Tausende von strebsamen und tüchtigen Menschen in Erdhöhlen, Nissenhütten und Baracken leben sollen, nur weil gerade sie aus ihrer Heimat vertrieben wurden, weil ihr Haus von einer Luftmine zerstört oder nach dem Zusammenbruch von der Besatzung beschlagnahmt wurde.

Ziel aller Bemühungen für den sozialen Wohnungsbau muss es stets sein, die Menschen, die aus eigenen Mitteln nicht in der Lage sind, zu einer Wohnung zu kommen, zu unterstützen und ihnen mit allen Mitteln zu helfen, dass sie dieses Ziel möglichst bald erreichen. Hierzu trägt auch der sog. Dreieckstausch bei, der dazu dient, Umsiedler, die die Mieten in Neubauwohnungen nicht aufbringen können, in solche Räume zu vermitteln, deren Miete ihren Einkommenverhältnissen entspricht. Im Vergleich zum Zustand zur Zeit des Zusammenbruchs ist das bis heute auf dem Gebiet des sozialen Wohnungsbaues Erreichte bereits ein erheblicher Fortschritt. Die Bemühungen auf diesem Gebiet müssen und werden fortgesetzt werden.

Mögen in Zukunft alle politischen Massnahmen über den Bereich unseres Landes hinaus im gesamten Bundesgebiet von einer sozialen Grundeinstellung aus getroffen werden und in erster Linie das Ziel verfolgen, den sozial schwachen Bevölkerungskreisen zu einem menschenwürdigen Dasein zu verhelfen.

Rückerstattung deutschen Eigentums durch Israel

I.M. Das von der britischen Mandatregierung Palästinas bei Ausbruch des Krieges "sichergestellt" deutsche Eigentum ist Gegenstand von Verhandlungen, die in Kopenhagen zwischen Vertretern der deutschen und der Israelregierung eröffnet werden. Bei Gründung des Staates Israel übergab die britische Mandatsregierung dieses Eigentum, das sich in ihrer treuhänderischen Verwaltung befand, dem neuen Staate als Pfand für dessen Wiedergutmachungs-Forderungen an Deutschland.

Es geht in der Hauptsache um den Besitz der Tempelgesellschaft, deren Mitglieder als Kolonisatoren seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts Palästina erschlossen haben. Sie besaßen Siedlungen und Landbesitz in Sarona bei Tel-Aviv, in Wilhelma, das 1903 gegründet wurde, Neu-Hardthof bei Haifa, Bethlehem und Waldheim in Galiläa, in Nazareth, Tiberias und Akko. Sie hatten eine eigene Bank, mehrere Fabriken und Werkstätten, darunter die Maschinenfabrik der Gebr. Wagner in Jaffa und eine Seifenfabrik und Ölpresse bei Haifa. Ihr gesamtes Vermögen schätzen sie auf £ 420 Millionen. Erst der Abschluss des Israelvertrages ermöglicht ihnen, eine Entschädigung für das verlorene Eigentum zu erhalten. Es ist nicht ohne Interesse daran zu erinnern, dass Israel hiermit, im Gegensatz zu den Grossmächten, die Frage des beschlagnahmten deutschen privaten Eigentums einer Lösung zuführen wird. Bekanntlich enthält das von der Bundesregierung gebilligte Schuldenabkommen keine derartige Bestimmung.

Das deutsche evangelische Missionseigentum ist bereits im Jahre 1950 durch die "Lutheran World Federation" an Israel verkauft worden, und über das Eigentum der katholischen Kirche, das dem erzbischöflichen Stuhl in Köln gehört, werden ebenfalls Verhandlungen geführt.

Die deutschen Siedler haben heute fast alle in Australien Fuss gefasst, wohin sie während des Krieges deportiert worden waren. Aus Mangel an Kapital konnten sie jedoch noch keine eigenen geschlossenen Siedlungen schaffen. Sie hoffen, wenn sie die Gelder aus Israel erhalten, nicht nur selber wieder siedeln, sondern auch anderen Deutschen bei ihrer Ansiedlung in Australien Hilfe leisten zu können. Die australische Regierung hat sich der Sache der Templer in anerkennenswerter Weise angenommen und sie war ihnen bei ihrem Kampf um ihre Wiedergutmachung behilflich.

Auch dieses Kapitel der deutschen Siedlungsgeschichte in Palästina hat - ebenso wie die friedliche kolonisatorische Arbeit von Deutschen in Osteuropa - durch das Verschulden des "Dritten Reiches" einen so jähren und schmerzhaften Abschluss gefunden. Bis 1933, ja noch bis Ausbruch des Krieges, sind die Beziehungen zwischen deutschen Siedlern und Juden in Palästina durchaus freundschaftlich und sogar herzlich gewesen. Im Anfang der jüdischen Kolonisation waren es nicht selten die Deutschen, von denen sich die Juden Rat holten. Die besonnenen und alten deutschen Siedler waren ständig darauf bedacht, sich nicht in die politischen Streitigkeiten Palästinas verwickeln zu lassen. Erst als die Nazis an die Macht kamen und die Kinder der Siedler nach Absolvierung ihrer Militärzeit in Deutschland, dessen Bürger sie waren, "umgeschult" in ihre palästinensische Heimat zurückkamen, und dort nationalsozialistische Ortsgruppen gründeten, verschlechterte sich das gute Verhältnis zwischen den deutschen Siedlern und den Juden. Heute sind nur noch drei Mitglieder der Templer in Israel geblieben, und auch diese werden wohl auswandern. Sarona, die deutsche Siedlung bei Tel Aviv, ist zur "Kirjah", der Israel-Regierungsstadt geworden, und der Regierungssitz des Ministerpräsidenten Ben-Gurion ist das frühere Haus von Herrn Aberle, der als Vertreter der deutschen Interessen mit am Verhandlungstisch von Kopenhagen sitzen wird.

+ + +

"Ohne Bedenken"

(sp) In Lübeck, auf dem Parteitag der FDP, war der Rechtsanwalt Achenbach, bis kurz vorher Vorsitzender des Aussenpolitischen Ausschusses der Partei, unsichtbar geblieben - im Zeichen der Bemühungen, die internen Gegensätze der FDP nicht in Erscheinung treten zu lassen. Jetzt ist er wieder aufgetaucht als Kandidat des Kreisverbandes Essen für die Bundestagswahl. Praktisch will das nicht viel besagen, weil er in direkter Wahl nicht durchkommen dürfte, bei der Aufstellung der Landesliste aber die oberste Parteiführung entscheidend mitzubestimmen hat, für die Achenbach persona non grata ist.

Aber das ist nicht das Wesentliche. Wesentlich ist vielmehr, dass der wichtigste Kreisverband im wichtigsten Landesverband der FDP sobald nach Lübeck mit einer so betonten Demonstration auftritt.

Das ist nichts anderes, als die Neuaufnahme des Kampfes um die Unterwanderung der FDP durch frühere führende Nazi-Persönlichkeiten vor aller Öffentlichkeit. Der Erfolg der Versöhler war in Lübeck nur sehr kurzlebig. Diese Nominierung wirft ein bezeichnendes Licht auf die absolute Uneinheitlichkeit, in der die FDP in den Wahlkampf geht.

Was war eigentlich mit Achenbach? Im Tagebuch Naumanns, des früheren Staatssekretärs im Goebbelschen Propagandaministerium, findet sich unter dem 26. August 1950 die Aufzeichnung: "Achenbach kommt mit Herrn Schmidt, ehemalige Reichsjugendführung... Wir kommen auf innerpolitische Fragen zu sprechen... Um den Nationalsozialisten einen Einfluss auf das politische Geschehen zu ermöglichen, sollen sie in die FDP eintreten, sie unterwandern und ihre Führung in die Hand nehmen. An Einzelbeispielen erläutert er, Achenbach, wie leicht das zu machen wäre."

So steht es in dem Bericht eines aus drei prominenten Vertretern der FDP gebildeten Ausschusses, in dem es weiter heisst: "Die Überprüfung des Tagebuches (von Dr. Naumann) zwingt zu der Feststellung, dass die Eintragungen Naumanns mit grosser Präzision erfolgt sind. Es ist kein verständlicher Grund ersichtlich, warum er für sich etwas Falsches hätte niederschreiben sollen. Das gesamte Tagebuch ist mit auffallender Konzentration abgefasst."

Achenbach selbst zweifelt natürlich die Richtigkeit der Eintragungen Naumanns an. Zum Vorsitzenden des Ehrenrates, der über die Angelegenheit endgültig entscheiden soll, wurde in Lübeck in einer Kampfabstimmung mit knappem Vorsprung der Kandidat Eulers vor einem Kandidaten aus Baden-Württemberg gewählt. Man ist deshalb auch nicht gross erstaunt, dass Achenbach bereits erklärt hat, das Ehrenratsverfahren schwebt zwar noch, aber es sei bereits festgestellt worden, dass die Tagebuchnotizen Naumanns keine Beweiskraft hätten. Deshalb habe er, Achenbach, auch "ohne Bedenken" die Nominierung angenommen. - Ob auch die überwiegende Zahl der von der FDP-Leitung erhofften Wähler dieser Partei diese Tatsachen und Zusammenhänge "ohne Bedenken" hinnehmen wird?